

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17

"Windenergie in Bayern voranbringen - Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger herstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17 vom 23.10.2013
2. Beschluss des Plenums 17/40 vom 24.10.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 4 vom 24.10.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Martin Stümpfig, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Windenergie in Bayern voranbringen – Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger herstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für den Ausbau der Windenergie in Bayern einzusetzen und für entsprechende Planungssicherheit zu sorgen.

In diesem Zusammenhang wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich für ein endgültiges Zurückziehen des mit Sachsen gemeinsam eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Baugesetzbuchs (BauGB), BR-Drs. 569/13, einzusetzen oder im Bundesrat eine Abstimmung über diesen Entwurf zum nächstmöglichen Zeitpunkt herbeizuführen.

Begründung:

Die von Bayern und Sachsen bereits im Juli 2013 eingebrachte Bundesratsinitiative wurde nach Angaben der Staatsregierung von den Antragstellern selbst bis zum Wiederaufruf vertagt mit der Begründung, in der Ferienzeit sei es schwierig, eine Mehrheit für diese Initiative herzustellen. Gleichzeitig wurden die Regionalen Planungsverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände in mehreren Schreiben aufgefordert, bis zum Inkrafttreten der beabsichtigten Gesetzesänderung keine vollendeten Tatsachen hinsichtlich der Genehmigung von Windkraftanlagen zu schaffen. Dadurch kommt der Ausbau der Windenergie in Bayern zum Erliegen. Denn solange die Staatsregierung im Sinn dieses Antrags nicht tätig wird, herrscht für alle Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden, die an konkreten Windenergieprojekten arbeiten, höchste Planungsunsicherheit. Diese gilt es schnellstmöglich zu beseitigen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Martin Stümpfig, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Drs. 17/17

Windenergie in Bayern voranbringen – Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger herstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

Barbara Stamm

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Erwin Huber

Abg. Natascha Kohnen

Staatsministerin Ilse Aigner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windenergie in Bayern voranbringen - Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger herstellen (Drs. 17/17)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Akzeptanz der Windenergie sichern - Einflussbereich der Kommunen bei Planung von Windkraftanlagen stärken (Drs. 17/27)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der heißen Wahlkampfphase ist auf einmal die Forderung aufgetaucht: Windkraftanlagen brauchen einen Abstand in zehnfacher Höhe zur nächsten Wohnbebauung. Der Ministerpräsident war gerade bei einer Bürgerinitiative zu Besuch, die wenig von Windrädern hält. Aus diesem Besuch ist eine Bundesratsinitiative entstanden: Das Baugesetzbuch sollte geändert werden; denn Bayern will den Abstand in zehnfacher Höhe festschreiben. Doch im Bundesrat hatte diese Initiative keine Chance. Deshalb hat die Staatsregierung eine Vertagung bis auf Widerruf beantragt. In Fachkreisen des Bundesrats bezeichnet man so etwas auch als Beerdigung zweiter Klasse.

Wir GRÜNE wollen dieser Hängepartie ein Ende machen; deshalb unser Antrag. Wir brauchen in diesem Bereich Planungssicherheit – das ist ganz wichtig – und sagen deshalb zu Herrn Seehofer, der heute leider in Berlin weilt: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück oder haben Sie wenigstens den Mumm, ihn bei der nächsten Sitzung des Bundesrates zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der derzeitige Antrag der Staatsregierung im Bundesrat hätte fundamentale Auswirkungen. Ein Abstand in zehnfacher Höhe – moderne Windkraftanlagen haben, wie Sie wissen, 200 Meter Flügel spitzenhöhe – würde einen Radius von 2.000 Metern bedeuten. Das populistische Vorpreschen würde die Windkraft bei uns in Bayern komplett zum Erliegen bringen. Nur noch 0,05 % unserer Landesfläche – Bayern ist nicht gerade klein – würden dann zur Verfügung stehen. Ein Windrad bräuchte eine Fläche von 12,5 Quadratkilometern. Ich komme aus Franken. Bei uns gibt es den Altmühlsee, der 4 Quadratkilometer groß ist. Die dreifache Fläche des Altmühlsees würde benötigt, um den Abstand zur nächsten Wohnbebauung einzuhalten. Kurz gesagt: Die Windkraft als billigste und effizienteste Energieform, die wir derzeit haben, wäre tot. Die von der Staatsregierung 2011 selbst beschlossene Energie-Initiative wäre nur noch Makulatur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis vor zwei Wochen habe ich noch bei der Stadt Ansbach als Umweltingenieur gearbeitet. Dort war ich elf Jahre tätig. Nach drei Jahren Planung haben wir es diesen Sommer endlich geschafft, so weit zu sein. Ein BImSchG-Antrag für zwei, drei Windkraftanlagen lag auf meinem Schreibtisch. Ich habe dort den Immissionsschutz beurteilt, also hauptsächlich Lärm und Schatten. Dann kam die Initiative der Staatsregierung. Mit Schreiben vom 7. August und mit Schreiben vom 30. August wurden die Kreisverwaltungsbehörden zu vorauselendem Gehorsam aufgefordert. Die geplanten Projekte sollten auf Eis gelegt werden; denn die Staatsregierung hatte ja ein neues Gesetz in petto. Meine Kollegen in der Verwaltung, die zum Teil 30 Jahre dabei sind, haben gesagt: So etwas haben wir noch nicht erlebt. Ich sollte also einen Antrag, der vor mir auf dem Schreibtisch liegt, nicht nach der derzeit gültigen Gesetzeslage bearbeiten, sondern einfach ruhen lassen. Nach meiner Auffassung ist dies rechtlich äußerst fragwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen würden Gefahr laufen, schadenersatzpflichtig zu werden. Unserem Herrn Ministerpräsidenten sind diese juristischen Spitzfindigkeiten aber anscheinend nicht besonders wichtig.

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil er es nicht versteht!)

Als Umweltingenieur kann ich Ihnen versichern: 800 Meter Abstand zur nächsten Wohnbebauung sind aus Sicht des Lärm- und Schattenschutzes ausreichend. Wichtig ist der richtige Standort der Windkraftanlagen. Den können die Bürger, können die Gemeinden, die Planungsverbände vor Ort am besten beurteilen; denn sie sind die Experten vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie als CSU wollen jetzt von München aus entscheiden, wo in Bayern die Windkraftanlagen noch hinpassen; denn bei einer übrigen Fläche von 0,05 % ist es definitiv eine Entscheidung aus München. Was hat das noch mit Bürgernähe zu tun? Herr Seehofer mimt den Kümmerer,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber seit Einreichung der Initiative ist nichts mehr passiert. Herr Seehofer wirkt wie ein Schockfroster auf alle laufenden Windkraftprojekte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ganz klar: Wir wollen Energie in Bürgerhand. Wir wollen lokale Bürgergenossenschaften, die vor Ort investieren. Das Geld bleibt in unserer Region. Der Strom wird dort erzeugt, wo wir ihn brauchen. Wir haben somit eine hohe Akzeptanz von Windkraftprojekten.

Nach Fukushima ist das Windkraftpendel der CSU – so möchte ich es einmal bezeichnen – von Ablehnung auf Zustimmung geschwenkt. Zum Zeitpunkt des Höhepunktes des Ausschlages hat unser damaliger Umweltminister Herr Söder veranlasst, dass

Windkraftanlagen, die einen Abstand von 800 Metern zu nächsten Wohnbebauung haben, keine neutralen Lärmschutzgutachten mehr benötigen. Ich als Fachmann sage Ihnen heute: Diese neutralen Lärmschutzgutachten waren in der Praxis Gold wert. Man hat dadurch wirklich Akzeptanz geschaffen. Ich konnte nämlich sagen: Schauen Sie her, die Grenzwerte, die Lärmschutzrichtwerte werden sicher eingehalten. Das war also kontraproduktiv.

Jetzt schlägt das Pendel der CSU wieder gewaltig zurück. Den laufenden Projekten wird der Boden komplett entzogen. Ich weiß aus eigener Erfahrung: Windkraftanlagen brauchen mindestens zwei bis drei Jahre Planungszeit. Wir brauchen ganz dringend Planungssicherheit:

(Beifall bei den GRÜNEN)

Planungssicherheit für die Kommunen, Planungssicherheit für die Bürger, die etwas investieren wollen, Planungssicherheit für die Investoren und schließlich auch Planungssicherheit für das Konsortium aus Genehmigungsbehörden und Planungsverbänden. Auf keinen Fall brauchen wir ein Pendel, das einmal so und ein anderes Mal anders ausschlägt. Machen Sie dem Pendeln ein Ende; machen Sie diesem Spuk ein Ende!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stimmen Sie heute für mehr Planungssicherheit. Stimmen Sie für eine konsequente Energiewende. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und ziehen Sie Ihren eigenen Antrag im Bundesrat zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein kurzes abschließendes Wort zum nachgeschobenen Antrag der FREIEN WÄHLER zum Thema Windkraft: Wir sehen, dass die Kommunen durchaus Planungsmöglichkeiten haben. Die Kommunen müssten aber noch weiter unterstützt werden. Den Antrag in seiner relativ unkonkreten Form möchten wir deshalb nicht direkt unter-

stützen – wir sehen keinen Mehrwert – und haben uns deshalb für eine Enthaltung entschieden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herzlichen Dank, Kollege Stümpfig. Nächste Wortmeldung: Kollege Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde dem Kollegen Stümpfig erklären, warum wir diesen Antrag gestellt haben und wie wir mit dem Antrag der GRÜNEN umgehen werden.

Frau Aigner, Herr Pschierer, Sie haben mit Ihrer neuen Aufgabe eine Mammut-Baustelle vor sich. Sie haben einen Ministerpräsidenten, der in Berlin schnell vor der Wahl, wie vorhin verkündet, eine Zehn-H-Regelung ausruft, um bei den Bürgern noch Fishing for Compliments zu betreiben und der im Prinzip Städte, vor allem Landkreise und Landratsämter, mehr oder weniger zum Rechtsbruch auffordert. Dieser Rechtsbruch wurde gerade angeführt. Was soll bitte schön ein Bayerischer Landtag dazu sagen, wenn wir als Parlament mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze zum Rechtsbruch aufrufen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn, dann sollten wir gefälligst hier – es ist doch ganz klar, dass wir dafür zuständig sind – ordentliche gesetzliche Regelungen schaffen. Momentan ist es so – das habe ich Ihnen in der letzten Legislaturperiode zu erklären versucht –, dass Sie mit dem Windkraft-Erlass etwas ins Leben gerufen haben, was wir so nicht wollten. Sie haben sich nach Fukushima für die Energiewende ausgesprochen. In Ihrer Regierungserklärung, in Ihrem Energiekonzept haben Sie dann, damals noch unter Umweltminister Söder, von 1.500 Windrädern gesprochen. Wie viele dieser 1.500 Windräder haben Sie denn realisieren können? Was ist denn passiert? – Als Sie gemerkt haben, dass Sie auf Widerstände stoßen, ist plötzlich die 10-H-Regelung ins Spiel gekommen. Sie haben Folgendes gemacht: Sie haben einen Windkraft-Erlass in die Fläche gebracht, der ermöglicht, dass heute Windkrafträder bis zu 300 Meter an Einzelwohnbebauun-

gen heranrücken können. Es ist doch klar, dass die Bürger damit nicht einverstanden sind.

Wir haben für die allgemeine Wohnbebauung die 800-Meter-Regel. Natürlich führt es nicht zu Akzeptanz. Wenn wir heute Windräder mit 230 Metern Höhe in 800 Metern Abstand haben, wird es natürlich schwierig. Die einzige Rechtsgrundlage, die momentan mit Blick auf eine Regelung auf dem Tisch liegt, ist die Baunutzungsverordnung, da Windkrafträder privilegiert sind – sprich: Ein Windkraftrad darf nachts in einem Gebiet mit allgemeiner Wohnbebauung nicht mehr als 35 dB(A) Lärm erzeugen. Das ist die einzige Rechtsgrundlage. Sprich, wie weit weg das Windrad wirklich steht, wird von einem BImSchG-Gutachten bestimmt. Wir als FREIE WÄHLER wollten immer eine größere Rechtssicherheit für die Kommunen; denn die Kommunen würden bei der Energiewende gern mitgehen, sie haben aber keine Rechtssicherheit.

Wenn wir nach dem Windkrafterlass und den Regionalplänen heute als Kommune eine Vorrangfläche ausweisen und der Abstand zur Wohnbebauung bei 800 Metern liegt, dann ist es nach wie vor so, dass das BImSchG-Verfahren im Raum steht. Dieser Graubereich ist nie geregelt worden. Wenn die Vorrangfläche bebaut ist, trifft die Privilegierung nicht zu, und eine Vorschädigung einer Fläche würde zur Nachverdichtung führen. Das ist oft praktiziert worden.

Wir wollen, dass die Kommunen in Zukunft Rechtssicherheit haben. Frau Aigner, Herr Pschierer, ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, diese Rechtssicherheit herzustellen. Ich sage Ihnen noch, dass Sie – der FDP-Wirtschaftsminister hat es nie verstanden – als Erstes einen Masterplan, was Sie mit der Energiewende wollen, schreiben sollten. Nehmen wir zum Beispiel den Riedlspeicher, den der Ministerpräsident gestern schon in die Tonne kloppen wollte.

(Zurufe von der CSU)

- Jochberg. Wenn Sie den Jochbergspeicher in die Tonne kloppen wollen, dann sagen Sie den Bürgern, wie Sie Energie speichern wollen. Jedenfalls, machen Sie als Erstes

einmal einen Masterplan! Überlegen Sie sich, wie Sie die Energiewende überhaupt gestalten wollen.

Zweitens. Wenn Sie schon Ihren Windkrafterlass machen, dann sollten Sie dort die Erreichbarkeit einer Fläche berücksichtigen. Sie lassen heute die Regierungen im Windkrafterlass in den Regionalplänen Flächen erarbeiten, bei denen nicht einmal sicher gestellt ist, weil es kein Kriterium ist, dass die Flächen überhaupt straßentechnisch zu erreichen sind. Sie wissen in der Beratung nicht, wo letztlich die nächsten Netzan schlusspunkte sind.

Sie haben nichts geregelt, Sie arbeiten mit einem alten Windatlas. Wir fordern seit Jahren, dass Sie endlich einen Windatlas auf den Tisch legen, damit wir keine Streitigkeiten darüber haben müssen, dass Windräder in der Fläche stehen, die völlig unrentabel sind. Volkswirtschaftlich ist es das Allerwichtigste, dass wir von vornherein feststellen: Welches Windrad ist das wirtschaftlichste? Wir müssen doch volkswirtschaftlich mit den wirtschaftlichsten Windrädern beginnen und sie dann der Reihe nach abarbeiten. Habe ich aber keine Aussage zur Windhöufigkeit, kann ich nicht das wirtschaftlichste Windrad bestimmen. Auch da verweigern Sie sich.

Es gibt viele Hausaufgaben. Wir wollen, dass Sie endlich Rechtssicherheit für die Kommunen schaffen. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir selbstverständlich zustimmen; denn momentan kommen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Windkraft nicht voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Herr Kollege Glauber. Nächster Redner ist Herr Kollege Huber. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN machen mit diesem Antrag wieder viel Wind, ohne Energie zu erzeugen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh mein!)

Der Teil Windkraft ist im Bayerischen Energiekonzept enthalten, das steht völlig außer Frage. Aber die Erfahrungen gerade der letzten Jahre, Herr Kollege Glauber, im Wirtschaftsausschuss sind doch die, dass ein Konsens bei den gegenwärtigen Regelungen oft nicht erreichbar ist. Die meisten Eingaben, die wir im Wirtschaftsausschuss zur Windkraft hatten, stammten von entschiedenen Gegnern. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Es hat doch keinen Sinn, einfach zu sagen, das wollen wir ohne Rücksicht auf die Bedingungen vor Ort. Der Vorstoß der Staatsregierung hat das Ziel, mehr Konsens, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Miteinander herbeizuführen. Ich meine, eigentlich sollte das den GRÜNEN entgegenkommen, und deshalb ist Ihr Vorstoß völlig irrelevant und auch falsch, meine Damen und Herren.

Eigentlich müssten alle in diesem Hohen Hause der Meinung sein, ein Vorstoß, der die Landeskompetenz stärkt, sei sinnvoll; denn Sachsen und Bayern wollen zunächst einmal, dass in das Bundesbaugesetz eingefügt wird, dass die Länder selber Zuständigkeiten bekommen, um im Bereich der Außenbereichsprivilegierung von Windkraft eigene Regelungen zu treffen. Die Bedingungen für Windkraft sind in den 16 Ländern in Deutschland durchaus unterschiedlich. Auch die Besiedelung ist unterschiedlich, auch die Topographie ist unterschiedlich. Warum soll man da bundesweit alles über einen Kamm scheren? – Lasst uns doch die Möglichkeit wahrnehmen, dass in den einzelnen Ländern maßgeschneiderte Regelungen getroffen werden, die für das jeweilige Land passen. Wir sind Föderalisten und nicht Zentralisten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Natürlich spielt die Energiewende jetzt bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD eine entscheidende Rolle. Die Wirtschaftsministerin wird an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt sein. Da werden alle Bedingungen auf den Tisch kommen, selbstverständlich auch die Frage, wie die EEG-Vergütung ausgestaltet wird. Da wird es zu Änderungen kommen, weil die jetzigen Strompreise in ihrer Dynamik nicht beibehalten werden können und wir wollen, dass es eine wirksame Bremse für

Strompreise gibt. Wir wollen, dass die regenerativen Energien Zukunft haben. Aber eine Überförderung mit Fehlanreizen zulasten der Bürger in ganz Deutschland kann auf diese Art und Weise nicht mehr hingenommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt, die Anreize, aber auch die Investitionsbedingungen werden bei dem großen Rad, das gedreht wird, nämlich der Energiewende für die Zukunft, natürlich eine Rolle spielen. Dabei wird von Bayern – von der Wirtschaftsministerin und von uns, der CSU – auch diese Regelung zu den Abständen in der Windkraft eingebracht werden. Es gibt sowieso eine Initiative im Bundesrat. Entscheidend ist aber – anders geht es gar nicht –, dass der Bundestag einer solchen Regelung zustimmt.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Erwin Huber (CSU): Nein, er kann nachher eine Intervention machen. - Das heißt, wir bringen jetzt in die Koalitionsverhandlungen eine Gesamtregelung ein, einen sogenannten Masterplan und damit natürlich die Frage, ob es notwendig ist, das Baugesetzbuch in diesem Punkt zu ändern oder nicht. Wenn wir da zu einer Regelung mit der SPD kommen, wird es im Bundestag eine entsprechende Initiative geben. Wenn nicht, dann wird darüber jedenfalls verhandelt. Aber zum jetzigen Zeitpunkt das Signal zu geben, wir nehmen diesen Antrag zurück, wäre vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen völlig falsch.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen möchte ich den GRÜNEN und auch den FREIEN WÄHLERN sagen: Verehrte Kollegen, rüsten Sie doch in der Sache ein bisschen ab. Es macht sich einfach immer gut, etwas persönliche Polemik hineinzumischen oder von Rechtsbruch zu

reden. Diese Sache ist sowieso so komplex, dass man sich lieber um Sachlichkeit bemühen sollte, anstatt das Ganze emotional aufzupumpen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dazu noch zwei Dinge. Wir hätten möglicherweise diese gewaltige Erhöhung der Strompreise zum 1. Januar 2014 nicht – denn allein die Belastung durch die EEG-Umlage steigt um 20 % von fünf auf sechs Cent -, wenn man im Frühjahr bereits die Initiative der Bundesregierung, von Altmaier und Rösler, aufgenommen hätte. Dann wäre es gelungen, im Sommer noch eine Strompreisbremse einzuziehen. Das ist am Widerstand der rot-grün regierten Länder in Deutschland gescheitert. Auch ein Gipfel bei der Bundeskanzlerin hat leider nicht weitergeführt. Auch weitere Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Damit ist im Grunde eine Fehlentwicklung, was Anreize angeht, das ganze Jahr 2013 weitergelaufen. Natürlich ist es jetzt zu spät, zum 01.01.2014 schon eine Bremse einzufügen. Das heißt, die Bürger zahlen die Zeche für die Blockadehaltung von SPD und GRÜNEN in diesem Jahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

- Gut, das war vor der Wahl. Sie sind, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, durch die Wahl vielleicht etwas klüger geworden. Wir wollen jedenfalls in dieser Sache verhandeln. Meine große Hoffnung ist, dass es in den nächsten vier bis sechs Wochen in der Tat gelingt, die Energiewende in Deutschland so zu gestalten, dass wir Versorgungssicherheit haben und erträgliche, bezahlbare und vernünftige Strompreise sowohl für die Verbraucher als auch für die Wirtschaft haben. Durch Strompreise dürfen in Deutschland keine Arbeitsplätze und keine Branchen gefährdet werden.

Wir wollen natürlich auch eine klimafreundliche, regional ausgewogene Energiepolitik. Das wird nicht einfach sein. In dieses Aufgabengebiet soll alles mit hineinkommen.

Deshalb wünsche ich der Wirtschaftsministerin für diese nicht leichten Verhandlungen viel Erfolg, und ich sage ihr meine volle Unterstützung zu.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch ein Wort an die Adresse der FREIEN WÄHLER richten. Sie haben den ganz allgemein gehaltenen Antrag gestellt, man sollte die Zuständigkeit der Kommunen verbessern. Wer ist schon dagegen? Sie müssen schon sagen, wie das zu geschehen hat. Sie bleiben sowohl im Antrag als auch in der Begründung jeden Hinweis auf ein dafür geeignetes Instrument schuldig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Indem man sie von der 10-H-Regelung befreit!)

Es ist absolut billig, wenn Sie sagen: Wir wollen etwas, weil wir die Aiwangers sind. Sie müssten schon sagen, was Sie wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben heute schon viele Möglichkeiten. In Bayern ist die Regionalplanung kommunalisiert. Die Vorrangflächen und die Vorbehaltungsflächen werden im Regionalen Planungsverband von den Kommunalpolitikern festgelegt. Die Flächennutzungsplanung und die Beteiligung am Baugenehmigungsverfahren sind kommunalisiert. Ich sehe heute keine weiteren Möglichkeiten. Wir sind kommunalfreundlich. Ich glaube aber, dass sich die Kommunalpolitiker durch kein Phantom beeindrucken lassen. Sie brauchen etwas ganz Konkretes, und das fehlt bei den FREIEN WÄHLERN, wie so oft.

(Beifall bei der CSU)

Die Energiewende wird uns vor große Herausforderungen stellen. Wir sind bereit, auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Der Beitrag der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER von heute ist nicht sinnvoll. Deswegen empfehle ich dem Hohen Hause, diese Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, wir haben eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Huber, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir Polemik betreiben. Ich glaube nicht, dass ich in meiner Rede Polemik betrieben habe. Ich habe versucht, Ihnen aufzuzeigen, wie Rechtssicherheit hergestellt wird. Momentan haben wir keine Rechtssicherheit. Das konnten Sie in Ihrer Rede auch nicht entkräften. Wir sind im Landtag dafür da, dass wir Rechtssicherheit herstellen. Reden Sie deshalb nicht von Polemik, sondern stellen Sie Rechtssicherheit her!

Sie haben weiterhin ein Zerrbild vom Wirtschaftsausschuss gezeichnet, weil beim Wirtschaftsausschuss nur die Widersprüche auflaufen. Alle befürworteten und genehmigten Windkraftanlagen werden von der Bevölkerung still und leise akzeptiert. Eigentlich müssten wir auch alle diejenigen sprechen lassen, die ein Windkraftrad haben und damit sehr zufrieden sind. Sie zeichnen damit ein Zerrbild, weil Sie nur die aufzeigen, die kein Windkraftrad wollen.

Als Letztes möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Fragen Sie einmal den Kollegen Heinrich Rudrof. Bei ihm werden im Regionalen Planungsverband von den Kommunen 13 weitere Vorrangflächen eingebracht, die mit Ihrer 10-H-Regelung hinfällig sind. Die Kommunen dort wissen nicht, was sie machen sollen. Im Regionalen Planungsverband im Landkreis Bamberg werden Flächen eingebracht, die die Gemeinden als Vorrangflächen ausgewiesen haben wollen. Aufgrund Ihrer 10-H-Regelung liegen sie aber auf Eis. Ich glaube, der Verdacht besteht nicht, dass in Bamberg nur FREIE WÄHLER in den Kommunalparlamenten sitzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr, Herr Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon richtig, dass die Eingaben - - Herr Kollege Glauber, es wäre vielleicht schon angebracht, dass Sie mir zuhören, wenn ich mich für Sie bemühe, was ich auch gerne mache.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ausgerechnet Sie müssen sagen, dass er Ihnen zuhören soll!)

- Er hat mich gefragt. Ich habe ihn nicht dazu aufgefordert. Wer mich fragt, verdient auch eine entsprechende Antwort.

Herr Kollege Glauber, es trifft zu, dass die Eingaben kein repräsentatives Bild ergeben. Gemeinsam stellen wir aber fest, dass wir kaum Eingaben für Windkraftanlagen haben, dass wir aber unglaublich viele Eingaben gegen Windkraftanlagen haben. Diese Eingaben geben ein Stimmungsbild der Bevölkerung wieder. Ich sage nicht, dass die Eingaben der alleinige Maßstab sind. Ich habe es im Zusammenhang gesagt: Wenn es uns gelingt, einen höheren Konsens, eine bessere Zufriedenheit und mehr Miteinander vor Ort herbeizuführen, dann ist auch der Gesetzentwurf der Staatsregierung ein Beitrag dazu, und darüber muss jetzt verhandelt werden.

Zur Frage nach Rechtssicherheit oder Rechtsunsicherheit: Ich glaube in der Tat, dass im Moment bei der Förderung regenerativer Energien eine gewisse Rechtsunsicherheit besteht. Das ist unvermeidbar, weil sich alle maßgeblichen politischen Kräfte in Deutschland – die GRÜNEN ausgenommen, die zählen nicht zu den maßgeblichen Kräften – darin einig sind, dass die jetzige Förderung über das EEG nicht beibehalten werden kann. Deshalb stellt sich für die Investoren die Frage: Investiere ich jetzt Millionen oder nicht? Diese Entscheidung wird in der Tat bis Dezember hinausgeschoben, bis klar ist, in welcher Form das EEG geändert wird. Vielleicht tragen der Windkrafterlass und der Gesetzentwurf der Staatsregierung zu einem kleinen Teil dazu bei. Bei Planungszeiträumen von zwei bis drei Jahren können wir es den Leuten durchaus zulassen abzuwarten, bis im Dezember Klarheit besteht. Deshalb brauchen wir jetzt im

Oktober keine Alibiaktionen, und deshalb bleibt es dabei: Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Huber. Jetzt hat sich Frau Kollegin Kohnen für die SPD gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Huber, Sie sind durch den Wahlkampf definitiv nicht klüger, sondern höchstens arroganter geworden.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Sie sitzen immer noch dem Irrtum auf, dass der Strom an der bayerischen Landesgrenze stoppt. Die Energiewende bedarf definitiv der Zusammenarbeit der Länder und keiner Irrläufer wie momentan Ihrer bayerisch-sächsischen Initiative. Sie plätzen doch im Moment die Energiewende im Freistaat. Sie plätzen vor allem diejenigen, die die Energiewende verwirklichen wollen. Das sind die Kommunen; die plätzen Sie mit Ihrer Initiative.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Satz von Bundespräsident Theodor Heuss, der lautet: Ohne Städte ist kein Staat zu machen. Heuss kam 1953 zu dem Schluss, dass Gemeinden wichtiger als der Staat sind. In den Gemeinden begegnen die Bürger ihrem Staat zuallererst. Dort erleben sie Demokratie, und dort können sie mitgestalten. Genau diese Schlussfolgerung erleben wir bei der Energiewende seit Jahren. Die Kommunen versuchen vehement, die Energiewende voranzutreiben. Die Städte, Gemeinden und Planungsverbände versuchen, vor Ort eine Ausgewogenheit der Lasten der Energiewende zu erreichen. Sie versuchen, vor Ort das Vertrauen aller Beteiligten zu gewinnen. Einige Kommunen und Planungsverbände haben bereits gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit den Befürwortern und

Gegnern der Windkraft Energiekonzepte erarbeitet. Die Kommunen versuchen alles, um die Menschen abzuholen. Das geht aber nicht von heute auf morgen, sondern dafür brauchen wir monatelange, jahrelange Arbeit. Durch Ihre Politik der letzten Jahre haben wir bei der Energiewende schon viel zu viel Zeit verloren.

(Beifall bei der SPD)

Interessant dabei ist – das lassen Sie, Herr Huber und die CSU, völlig aus -, dass die Kommunen versuchen, den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung mittelfristig auf 6 bis 10 % und langfristig sogar auf 20 % zu erhöhen, wie es die Bayerische Staatsregierung nach der Katastrophe von Fukushima als Ziel verkündet hat. Das steht in Ihrem eigenen Energiekonzept, das Sie nach Fukushima erarbeitet haben. Das versuchen die Kommunen zu schaffen. Der Windatlas und der Winderlass sind in den letzten Jahren genau zur Erreichung dieses Ziels in Zusammenarbeit von Politik, den Experten und den Menschen vor Ort erstellt worden.

Dann kam das Fallbeil. Im Sommer 2013 kam Ihre bayerisch-sächsische Initiative, welche in meinen Augen die Ernsthaftigkeit der Energiewende ganz klar infrage stellt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Initiative zieht den Kommunen beim Thema Windkraft den Boden unter den Füßen weg. Wenn Sie schon nicht der SPD, den GRÜNEN oder den anderen Oppositionskräften zuhören wollen, frage ich Sie, ob Sie dem Städtetag zugehört haben. Der Städtetag kritisiert das Vorgehen der Staatsregierung als rechtlich sehr fragwürdig. Die bayerischen Städte und Gemeinden können nicht abseits der Rechtslage mit Blick auf eine in der Zukunft liegende Gesetzesänderung planen und entscheiden. Es ist der Städtetag, der die Planungssicherheit vermisst. Der Bund Naturschutz formuliert es so – ich zitiere: "Es ist skandalös, wie die Staatsregierung versucht, geltendes Genehmigungsrecht und jegliche Planungssicherheit gerade auch für Bürgerenergiegenossenschaften per Rundschreiben außer Kraft zu setzen."

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie nehmen mit Ihrer Gesetzesinitiative ganz klar der Windkraft jeglichen Wind aus den Segeln. Mit der 10-H-Regelung bleiben schlichtweg 0,05 % Flächenanteil für Windkraft in Bayern übrig. Damit ist die Windkraft in Bayern tot. Sie versetzen der Industrie mit dieser Gesetzesinitiative ganz klar einen Nackenschlag. Frau Aigner, ich hoffe nicht, dass das in Zukunft Ihre Wirtschaftspolitik sein wird. Arbeitsplätze abzubauen und Investitionen zurückzufahren, kann nicht die Absicht einer 10-H-Regelung sein. Das passiert jedoch im Moment.

Mit Ihrer Gesetzesinitiative berauben Sie die Kommunen ihrer Planungssicherheit. Was Sie mit dieser Gesetzesinitiative schaffen, ist eine ganz klare Verhinderungspolitik und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrer Gesetzesinitiative widersprechen Sie ganz klar Ihrem eigenen Energiekonzept zur Energiewende. Das ist für mich definitiv nicht logisch. Lieber Herr Huber, Sie behaupten – das ist das Schärfste –, mit Ihrer Gesetzesinitiative würden Sie die Ängste der Menschen wahrnehmen und aufnehmen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir erscheint es ausgesprochen fragwürdig, dass Sie zur gleichen Zeit einer Leistungserhöhung im Atomkraftwerk Gundremmingen nicht widersprechen.

(Beifall bei der SPD)

Da scheint es Ihnen völlig wurscht zu sein, was die Menschen vor Ort empfinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, es gehört schon sehr viel Verlogenheit dazu, 29 Jahre alte Siedewasserreaktoren hochzufahren und sich gleichzeitig als Kümmerer bei der Windkraft zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahre 2011 – Frau Aigner, Sie saßen noch nicht hier – hat Ihr Ministerpräsident gesagt oder – besser gesagt – mit breiter Brust getönt, als Bayer werde er dem Rest der Bundesrepublik zeigen, wie die Energiewende funktioniere. Ich behaupte, mit dem

Ende des bayerischen Windkraftausbaus und dem Hochfahren der Atomkraft funktioniert das, liebe Leute, garantiert nicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir haben auch noch Kohlekraftwerke! Ist das gut? Was macht Nordrhein-Westfalen? Die brauchen Kohlekraftwerke!)

- Lieber Freund, reden wir über Kohlekraft oder über Windkraft? Gehen Sie doch nach Nordrhein-Westfalen! Ich denke, Sie machen bayerische Politik. Das wundert mich aber.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Nachdem Sie, Herr Huber, schon selber Wünsche geäußert haben, wünsche ich Ihnen, Frau Aigner, da Sie für Energie zuständig sind, ein bisschen mehr Logik in Ihrer Arbeit. Gerne gebe ich Ihnen die altgriechische Definition des Begriffs Logik mit. Darunter versteht man die Lehre des vernünftigen Schlussfolgerns. Das kann Ihr Kollege Huber definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnen. Jetzt hat Frau Staatsministerin Aigner das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank für die freundlichen Wünsche von allen Seiten. Die nehme ich auch gerne an. Sicher wird uns das Thema Energie in der nächsten Zeit gemeinsam beschäftigen. Meines Erachtens sind wir uns einig, dass wir die erneuerbaren Energien im jetzigen Zeitalter gemeinsam voranbringen wollen. Da stehen große Aufgaben bevor. Ich kann nur sagen: Bayern braucht sich nicht zu verstecken. Bayern ist in diesem Bereich Vorbildland. Ich habe mir die Zahlen noch einmal heraussuchen lassen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Bei der Windkraft!)

- Das sage ich auch gleich für die Windkraft. – Bei der Stromverbrauchsdeckung haben wir uns im Zeitraum von 2008 bis 2012 von 22 auf 32 % gesteigert. Hinsichtlich der Windenergie muss man auch in die Nachbarländer schauen. In Bayern haben wir 580 Anlagen mit 940 Megawattstunden. In Baden-Württemberg sind es ganze 380 Anlagen. Meine Damen und Herren, deshalb muss man schauen, wer was wann und wo verwirklicht. Wir sind gut beraten – das sollte uns einen –, wenn wir die Energiewende mit und nicht gegen die Bevölkerung umsetzen. Allerdings verwundert es mich, dass die GRÜNEN das in diesem Bereich nicht so sehen. Das ist für mich eine neue Erfahrung. Das kenne ich normalerweise etwas anders. Wir sind die Partner der Menschen, und wir sind die Partner der Kommunen. Deshalb werden wir das gemeinsam mit den Kommunen entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin noch nicht lange in Bayern im Amt. Morgen werde ich mich jedoch sofort mit allen Beteiligten zusammensetzen, sozusagen mit den wichtigsten Playern. Dazu gehören auch die kommunalen Spitzenverbände.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die haben sich doch schon geäußert!)

Liebe Frau Kohnen, ich glaube, dass der Städtetag nicht der Hauptbetroffene ist, das betrifft mehr den Gemeinde- und Landkreistag.

(Natascha Kohnen (SPD): Die haben alle dasselbe gesagt!)

- Ja, das ist in Ordnung. – Ich wollte nur sagen: Die anderen sind härter betroffen. Wir werden das gemeinsam machen. In der nächsten Zeit werden wir einen neuen Windenergieatlas auflegen. Das ist eine wichtige Grundlage. Darin sind wir uns einig.

Meine Damen und Herren, das ist auch klar: Wir haben in dem Dreieck "bezahlbare Preise, Versorgungssicherheit und Klimaneutralität" noch einiges zu tun. Die Grundlagen werden mit Sicherheit in den nächsten Wochen verhandelt. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD können sich über ihre Kollegen im Bund auch gerne einbringen.

Das Design des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes wird nicht nur für die Investitionssicherheit, sondern auch für die Stabilität der Preise ausschlaggebend sein.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kohnen?

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ja, natürlich.

Natascha Kohnen (SPD): Frau Aigner, weil Sie selber mit Zahlen aufwarten, hätte ich vier Zahlen. Wie gehen wir damit um, wenn es zum Stellenabbau in Bayern kommt? Das sind 1.700 Arbeitsplätze unter anderem bei Siemens. Sie machen einen Globalumschlag. Das hat doch etwas mit Wirtschaftskompetenz zu tun, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden, oder?

Zweite Frage: Sie machen das mit den Menschen. Sie kennen einen großen Verband, den Bund Naturschutz, der selber sagt, in Bayern seien durchaus 1.500 Windkraftanlagen möglich. Die waren auch an Ihrem Energiekonzept beteiligt. Was halten Sie von dieser ursprünglichen Aussage? Wie stehen Sie zu Ihrem eigenen Energiekonzept, das in Bayern nach Fukushima formuliert wurde?

Ich hätte noch eine dritte Frage: Wie gehen Sie mit den 6.700 Menschen um – es sind sogar etwas mehr –, die eine Petition gegen die Leistungserhöhung in Gundremmingen formuliert haben? Die Bayerische Staatsregierung sagt, sie widerspreche nicht. Das AKW sei sicher, also könne man es ruhig hochfahren.

Jetzt habe ich noch eine abschließende Frage - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Kohnen, eine Zwischenfrage ist etwas anderes.

Natascha Kohnen (SPD): Dann machen Sie einfach 1 a) bis 1 d) daraus.

(Unruhe bei der CSU)

Die letzte Frage: 15 Standorte für die Windkraft in Bayern können im Moment nicht umgesetzt werden. Alles steht still. Wie gehen Sie denn damit um?

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Kohnen, Ihre Zwischenfrage ist schon sehr weit interpretiert. Das muss ich ausdrücklich sagen. Ich habe auch schon ein bisschen Parlamentserfahrung. Frage ist Frage und kein Ko-referat. Das sage ich nur nebenbei.

(Beifall bei der CSU)

Das muss schon sein, meine Damen und Herren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schauen Sie in die Geschäftsordnung!)

Selbstverständlich haben wir auch Arbeitsplätze im Blick. Für die Arbeitsplätze ist es jedoch ebenfalls wichtig, dass die Energie bezahlbar, sicher und verlässlich ist. Deshalb müssen wir alle drei Komponenten in diesem Bereich beachten.

Meine Damen und Herren, die Windkraftanlagen sind auch höher geworden. Sie sind mittlerweile nicht mehr 80 Meter, sondern 200 Meter hoch. Die Anpassung der Standorte muss man unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Das wird eine wichtige Aufga-be sein. Sie können sich sicher sein: Ich werde das gemeinsam mit den Bürgern ma-chen.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Sehr geehrter Herr Glauber, wir bilden derzeit eine neue Regierung in der Bundesrepublik. Die Grundlagen im EEG müssen überar-beitet werden. Darin sind sich übrigens alle einig. Alle Parteien, mit denen wir gespro-chen haben – ich war dabei –, sind sich einig, dass wir ein neues Design brau-chen. Momentan besteht die größere Unsicherheit in der Frage, wie es in der Förderung der erneuerbaren Energien weitergeht. Deshalb ist es sinnvoll, um auf den Antrag zurückzukommen, dass man erst einmal die Koalitionsverhandlungen abwar-

tet. Das hängt alles miteinander zusammen. Natürlich sollte auch unser Bundesratsantrag aufrechterhalten werden. Danach, wenn das abgeschlossen ist, werden wir gemeinsam mit den Menschen, mit den Bürgerinnen und Bürgern eine vernünftige Lösung gefunden haben. Das ist ein Projekt, das über mehrere Generationen geht. Da können wir uns sicher sein. Wir brauchen alle an Bord, um eine Energiewende gemeinsam gelingen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. - Meine Damen und Herren, anlassbezogen darf ich auf § 111 Absatz 2 der Geschäftsordnung hinweisen: " Auf Befragen durch die Präsidentin oder den Präsidenten kann die Rednerin oder der Redner eine kurze Zwischenfrage zulassen." Also Frau Kohnen, das war ein bisschen weit, würde ich meinen.

(Zurufe von der SPD)

Frau Staatsministerin sieht uns allen das heute noch nach. Meine Damen und Herren, es geht ja auch darum: Gemäß den Regeln bei Zwischenfragen läuft die Redezeit weiter. Das ist der Punkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Staatsregierung hat damit kein Problem!)

Deshalb, liebe Frau Kohnen, war es jetzt auch nicht gar so schlimm.

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei praktischen Dingen sind, darf ich einen Hinweis der Verwaltung und der Offizianten geben. Das gilt insbesondere für die neu hinzugekommenen Kollegen: Wenn Sitzung ist, dann ist die Post in den Postfächern draußen im Lesesaal abzuholen. Die Offizianten weisen darauf hin, dass die Postfächer offensichtlich noch nicht wesentlich geleert worden sind. Also holen Sie sich Ihre Post während der Sitzungen im Lesesaal ab. - Vielen Dank.

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Aussprache ist geschlossen. Zur Abstimmung werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17, das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/27, das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.